



### TEUERUNG

Um wieviel die Teuerungsrate in Liechtenstein im Vergleich zum Vormonat zugenommen hat. **9**



### OPTIMISMUS

Wie es der Betreiberin des Flughafens Zürich gelungen ist in den schwarzen Zahlen zu bleiben. **10**



### VOLATIL

Warum die Zürcher Kantonalbank das laufende Geschäftsjahr als zu volatil bezeichnet. **10**



### BÖRSE

Aktien, Devisen und Obligationen. Wie sich die Börse in Zürich am Donnerstag entwickelt hat. **12**

## VOLKS BLATT NEWS

### Kraftwerke Vorderrhein steigern Stromproduktion

**DISENTIS** – Die Kraftwerke Vorderrhein AG in Disentis GR hat im Ende September abgelaufenen Geschäftsjahr 2002/03 total 819 Millionen Kilowattstunden (kWh) Strom erzeugt. Das sind 32 Millionen kWh mehr als im Vorjahr. Die Gesamtenergie-Menge entspricht knapp 96 Prozent des zehnjährigen Mittelwerts, wie aus dem am Donnerstag veröffentlichten Jahresbericht hervorgeht. Dank der höheren Produktion sanken die Gestehungskosten pro Kilowattstunde von 5,86 Rappen im Vorjahr auf 5,71 Rappen. Der Gesamtumsatz belief sich auf 49,6 Mio. Franken. Das Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern liegt mit 15,2 Mio. Fr. um rund 330 000 Franken höher als im Jahr davor. Vom Jahresgewinn in der Höhe von 4,9 Mio. Fr. werden 4,6 Mio. Fr. für die Ausschüttung einer Dividende von 5,75 Prozent verwendet. 306 000 Fr. fliessen in die Reserven. Bei der Kraftwerke Ilanz AG in Ilanz GR ging die Stromerzeugung um eine Mio. kWh zurück und erreichte 284 Mio. kWh. Der Jahresgewinn reduzierte sich von 2,2 Mio. Fr. auf 1,97 Mio. Franken. 1,875 Mio. Fr. davon werden für die Zahlung von 3,75 Prozent Dividende gebraucht, 99 000 Fr. den Reserven zugewiesen.

### Weitere Bankkonten gesperrt

**BERN** – Die Schweiz hat im Zusammenhang mit dem Parmalat-Skandal weitere Bankkonten gesperrt. Es gehe um Konten verschiedener Banken im Kanton Tessin, sagte der Sprecher des Bundesamts für Justiz (BJ), Folco Galli, am Donnerstag auf Anfrage der AP. Zugleich sei die Erhebung der Bankunterlagen zu diesen Konten angeordnet worden. Das BJ kam damit einem Rechtshilfesuch der Staatsanwaltschaft von Parma nach, das am vergangenen Freitag in Bern eingetroffen war. In einer Eintretensverfügung stellte das Bundesamt laut dem Sprecher fest, dass die Voraussetzungen für die Rechtshilfe gewährt seien. Darauf wurden die nötigen Massnahmen zum Vollzug eingeleitet. Zur Summe der eingefrorenen Gelder, den Namen der betroffenen Banken und dem Inhalt des Rechtshilfesuchts machte Galli keine weiteren Angaben. Das BJ hatte bereits früher auf Grund eines Rechtshilfesuchts der Mailänder Staatsanwaltschaft die Sperrung eines Bankkontos im Kanton Graubünden angeordnet.

### IV schloss 2003 mit Defizit von fast 1,5 Milliarden

**BERN** – Der Ausgleichs fonds von AHV und EO hat im Jahr 2003 einen Anlagerfolg von 1,517 Milliarden Franken erzielt. Diese markante Verbesserung wurde jedoch durch einen fast gleich grossen Verlust bei der Invalidenversicherung (IV) wieder zu Nichte gemacht, wie der AHV-Ausgleichs fonds am Donnerstag bekannt gab. Das Sorgenkind IV schloss im vergangenen Jahr mit einem Verlust von 1,448 Milliarden Franken und damit rund 250 Millionen Franken schlechter als im Vorjahr. Einem Aufwand von 10,6 Milliarden Franken standen Beiträge von 9,2 Milliarden Franken gegenüber. Dieses Defizit von rund 1,3 Milliarden Franken wurde noch akzentuiert durch die Schuldzinsen von 70 Millionen Franken.

# Macht abgeben

43 Prozent stimmen gegen Disney-Chef Eisner

**PHILADELPHIA** – Nach heftiger Kritik vieler Aktionäre muss Disney-Konzernchef Michael Eisner nun einen Teil seiner Macht abgeben.

Der Verwaltungsrat des Medienkonzerns entschied am Mittwoch einstimmig, Eisner seines Postens als Vorsitzender dieses Gremiums zu entheben und die Ämter von Konzernchef (CEO) und Verwaltungsratsvorsitzendem (chairman) künftig zu trennen. Zum neuen Verwaltungsratsvorsitzenden wurde der Ex-Senator George Mitchell berufen. Bislang hatte Eisner die beiden Positionen in Personalunion inne. Es wird bezweifelt, dass der Schachzug ausreicht, um den Zorn der Aktionäre zu beschwichtigen. In einer Abstimmung kurz zuvor hatten 43 Prozent der Aktionäre gegen eine Wiederwahl Eisners gestimmt. Gleichzeitig stärkte das Gremium Eisner für seine Unternehmenspolitik jedoch den Rücken. Der 61-jährige Eisner, der seit 20 Jahren an der Spitze des Medienkonzerns mit seinen rund 112 000 Mitarbeitern steht, liegt im Clinch mit den früheren Verwaltungsratsmitgliedern Stanley Gold und Roy Disney, dem Neffen des Firmengründers Walt Disney. Diese hatten in einer seit drei Monaten währenden Kampagne Stimmung gegen Eisner gemacht und dessen Rauswurf gefordert. Nach den Worten Disneys wird das Unternehmen als «habgierig, seelenlos und stets auf der Suche nach dem schnellen Dollar» wahrgenommen. Gold und Disney haben bereits an-



Die Shareholder von Disney haben wenig am Hut mit Disney-Chef Eisner der nun Macht abgeben muss.

gekündigt, die Hauptversammlung des Unternehmens Anfang Mai für eine Generalabrechnung mit Eisner zu nutzen, dessen Vertrag noch bis 2006 läuft. Er wolle die Entscheidung nicht kleinreden, kommentiert Eisner das Wahl-Ergebnis am Abend im US-Fernsehsender ABC. Offensichtlich gebe es «einige Leute, die mit mir persönlich nicht glücklich sind», sagte er. Sein Nachfolger Mitchell, ein ehemaliger Senator aus dem US-Bundesstaat Maine, ist bei den Aktionären ebenfalls nicht unumstritten. Gold

und Disney werfen ihm mangelnde Unabhängigkeit von Eisner vor, weil seine Kanzlei in der Vergangenheit für das Medienunternehmen gearbeitet habe. Man sei sich darüber bewusst, dass viele Aktionäre einen Wechsel sowohl an der Unternehmensspitze als auch im Verwaltungsrat gewollt hätten, hiess es in einer Erklärung des Gremiums. Man sei jedoch überzeugt, «dass die Entscheidung auf lange Sicht im besten Interesse der Aktionäre und des Unternehmens» sei. Aktionärsvereinigungen kritisierten

die Entscheidung jedoch als unzureichend. Unterdessen wies Disney ein erneuertes Übernahmeangebot des US-Kabelnetzbetreibers Comcast als zu niedrig zurück. Es mache keinen Sinn, noch einmal über ein Angebot nachzudenken, das bereits als zu gering abgelehnt worden sei, begründete der Konzern seine Entscheidung. Comcast lehnt eine Erhöhung des Angebots weiterhin ab. Der Kabelbetreiber hatte im Februar überraschend Aktien im Wert von rund 54 Milliarden Dollar für Disney geboten.

## Tiefste Teuerung seit anderthalb Jahren

Jahresteuerung in der Schweiz und Liechtenstein von 0,1 Prozent

**NEUENBURG** – Die Jahresteuerung ist im Februar in der Schweiz und in Liechtenstein auf den tiefsten Stand seit gut anderthalb Jahren gefallen.

Die Teuerungsrate betrug noch 0,1 Prozent; im Vergleich zum Vormonat blieb das Preisniveau stabil, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) mitteilte. Die Mietpreise zogen überdurchschnittlich an. Der Landesindex der Konsumentenpreise verharrte im Februar auf dem Vormonatsstand von 102,5 Punkten (Mai 2000: 100). Im Jahresvergleich ergab sich eine minimale Teuerung von 0,1 Prozent. Das entspricht dem tiefsten Stand seit Juli 2002, als eine Negativteuerung von minus 0,1 Prozent errechnet worden war. Im Januar dieses Jahres hatte die Jahresteuerung 0,2 Prozent ausgemacht, im Februar 2003 war sie mit 0,9 Prozent deutlich höher gewesen. Nach Angaben des BFS vom Donnerstag war das



Die Jahresteuerung in Liechtenstein blieb im Februar tief.

stabile Preisniveau im Berichtsmonat die Folge gegensätzlicher Preisentwicklungen in den einzelnen Bedarfsgruppen. Im Bereich Verkehr stieg der Index im Vergleich zum Januar um 0,4 Prozent, bei den Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken ergab sich demgegenüber eine Verbilligung um 0,3 Prozent. Im Bereich Wohnen und Energie stieg der Index um 0,1 Prozent, bei den sonstigen Waren und Dienstleistungen um 0,2 Prozent. Das Preisniveau bei den Inlandsgütern erhöhte sich im Monat gegenüber um 0,1 Prozent, die Importgüter verbilligten sich demgegenüber vor allem als Folge der tieferen Heizölpreise um 0,2 Prozent. Noch deutlicher klappten hausgemachte und importierte Teuerung im Jahresvergleich auseinander. Die Jahresteuerung bei den Inlandsgütern belief sich auf 0,7 Prozent, während die Preise der Importwaren um 1,7 Prozent billiger wurden.